



**Wolfgang Franz, 65:**  
„Das Schlimmste haben  
wir hinter uns.“

# „Was stimmt Sie so optimistisch, Herr Franz?“

**Deutsche Konjunktur** | Wolfgang Franz, Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und oberster Wirtschaftsweise, über das Ende des Abschwungs und zweifelhafte Wahlversprechen

**€uro:** Herr Franz, als die Regierung Anfang 2009 ihr 50 Milliarden Euro teures Konjunkturpaket II beschloss, versprach sie, dass es ab der Jahresmitte wirken wird. Behält sie recht?

**Wolfgang Franz:** Ich gehe davon aus, dass der Konjunkturabsturz in diesen Wochen zum Stillstand kommt, wir also das Schlimmste hinter uns haben. Welchen Anteil daran das Konjunkturpaket hat, ist schwer zu sagen. Einerseits haben etwa die Abwrackprämie und Steuerentlastungen kurzfristig gewirkt. Aber andere Maßnahmen wie die Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen laufen jetzt erst an.

**€uro:** Der ZEW-Indikator für die Konjunkturaussichten spiegelt einen zunehmenden Optimismus wider. Auch die Aktienbörsen sind wieder im Aufwärtstrend, obwohl die deutsche Wirtschaft 2009 um sechs Prozent einbrechen wird. Wie passt das zusammen?

**Franz:** An der Börse wird schon seit März eine bessere Zukunft gehandelt. Und laut unserem ZEW-Indikator erwarten die Finanzmarktanalysten, wie anderen Umfragen zufolge übrigens auch Unternehmen, dass das Konjunkturtief jetzt erreicht ist. Dafür sprechen auch klare Fakten: So gehen die Exporte nicht mehr zurück und die Auftragseingänge steigen wieder ganz langsam.

**€uro:** Manche Politiker wie der CSU-Chef Horst Seehofer fordern weitere Konjunkturpakete in Deutschland, um zu verhindern, dass es doch noch schlimmer kommt.

**Franz:** Solche Forderungen muss man vor dem Hintergrund des Wahlkampfes für die Bundestagswahl im September sehen. Natürlich ist eine Regierung gut beraten, Pläne für alle Fälle in der Schublade zu haben.

Aber jetzt haben wir hoffnungsvolle Stabilisierungssignale. Da sollten wir nicht mehr öffentlich über Horrorszenarien reden, sondern endlich optimistisch nach vorn schauen. Denn Wirtschaft ist immer auch ein bisschen Psychologie.

**€uro:** Erwarten Sie nun eine lange Stagnation auf niedrigem Niveau – etwa in L-Form? Oder eher eine V-förmige, steile Erholung?

**Franz:** Die Konjunkturanalyse ähnelt zurzeit wahrlich einem Buchstabenrätsel: vom L über das V, das W und das U. Um bei diesen Bildern zu bleiben: Ich erwarte ein U. Ein L erscheint mir weniger wahrscheinlich, weil Regierungen weltweit mit ihren Konjunkturprogrammen Impulse ausgelöst haben. Zudem profitieren wir von dem im Vergleich zu Mitte 2008 niedrigen Ölpreis. Auch der ist eine Art Konjunkturpaket – für Deutschland in Höhe von rund 20 bis 30 Milliarden Euro.

**€uro:** Vor einigen Wochen warnten Sie, dass die Zahl der offiziell ausgewiesenen Arbeitsuchenden in Deutschland von derzeit 3,5 Millionen bis Ende 2009 auf mehr als vier Millionen und bis Ende 2010 auf über fünf Millionen steigen wird. Bleibt es dabei?

**Franz:** Im Gegensatz zur reinen Konjunktur-entwicklung haben wir am Arbeitsmarkt das Schlimmste leider noch vor uns. Ich vermute, dass wir um die Jahreswende herum die Vier-Millionen-Marke reißen, glaube aber nicht, dass es im Jahr 2010 fünf Millionen werden. Vielleicht fällt das Schlimmste auf dem Arbeitsmarkt doch nicht ganz so schlimm aus, wie noch vor einigen Wochen befürchtet.

**€uro:** Deutsche Politiker suggerieren der Öffentlichkeit mit Blick auf die Bundes- →



„Ich kann der Politik nur davon abraten, jetzt das Füllhorn auszuschütten.“ Wolfgang Franz im Gespräch mit €uro-Redakteur Mario Müller-Dofel



Welche Steuern zu erhöhen und welche Sozialleistungen zu kürzen sind, sollte dann diskutiert werden, wenn klar ist, was uns die Krise gekostet hat.“

→ tagswahl im September wahre Wohltaten: SPD-Politiker stabile Renten, steigende Hartz-IV-Sätze und höhere Arbeitslosenhilfen. Und CDU-, CSU- sowie FDP-Politiker Steuersenkungen. Kann sich der Staat solche Mehrausgaben und Mindereinnahmen noch leisten?

**Franz:** Solche Versprechen sind vor Wahlen fast so sicher wie das Amen in der Kirche. Aber die Wähler sind intelligenter, als es manche Politiker wahrhaben wollen. Die Leute wissen, dass Wahlversprechen häufig gebrochen werden und nehmen das nicht sonderlich ernst. Schon aus diesem Grund kann ich der Politik nur davon abraten, jetzt das Füllhorn auszusütten.

**€uro:** Was spricht noch dagegen?

**Franz:** Wir müssen, wenn die Krise überstanden ist, erst wieder unseren Staatshaushalt in Ordnung bringen und die überbordende Verschuldung abbauen. Dies wird lange Jahre dauern und nur auf drei Wegen möglich sein: Die Staatsausgaben reduzieren. Oder die Steuern erhöhen. Oder beides.

**€uro:** Manche Ökonomen fordern bereits, die Mehrwertsteuer ab 2011 auf 25 Prozent zu erhöhen, um die Schulden abzutragen.

**Franz:** An einer Diskussion darüber, ob und welche Steuern wann erhöht werden sollten, beteilige ich mich nicht, weil ich eine solche Debatte zum jetzigen Zeitpunkt für schädlich halte. Wir können doch froh sein, dass die Konsumenten in Deutschland überhaupt noch bei der Stange bleiben. Man sollte sie nicht zusätzlich verunsichern, indem man jetzt eine

Steuererhöhungsdebatte führt. Welche Steuern zu erhöhen und welche Staatsausgaben und Sozialleistungen zu kürzen sind, sollte dann diskutiert werden, wenn klar ist, was uns die Krise gekostet hat. Zunächst müssen wir es mal schaffen, das Finanzsystem von der Intensiv- auf die Reha-Station zu bringen.

**€uro:** Nun stehen noch die Steuersenkungsversprechen im Raum.

**Franz:** Mich würde sehr interessieren, wie die Wortführer von Steuersenkungen dies finanzieren wollen und ob die Haushaltskonsolidierung für sie kein Thema ist. Natürlich sind Steuersenkungen etwa im Progressionsbereich aus wachstumspolitischer Sicht wünschenswert, weil sie Leistungsanreize setzen. Aber man muss Prioritäten setzen: erst Schuldenabbau, dann Steuerentlastungen.

**€uro:** Würden Sie nicht gern weniger Steuern zahlen?

**Franz:** Natürlich. Wer nicht? Ich habe mit Unverständnis von einzelnen Politikern gehört, dass die oberen Einkommenschichten wieder mal höher belastet werden sollen. Dieses populistische Argument übersieht, dass bereits heute die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher in Deutschland mehr als die Hälfte der gesamten Einkommensteuer zahlen. Die Forderung, dass die „Besserverdiener“ endlich auch ihren Beitrag leisten sollen, ist doch bereits mehr als erfüllt.

**€uro:** Themenwechsel: In die Rettung des Autobauers Opel will die Regierung viele Steuermillionen investieren. Ist das sinnvoll?

**Franz:** Die staatliche Rettungsaktion für Opel halte ich für einen Fehler. Ich hätte wie Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg ein Insolvenzplanverfahren bevorzugt. Das hieße ja nicht, dass die Beschäftigten von Opel am nächsten Tag auf der Straße stehen würden. Der Insolvenzverwalter würde alles tun, um ein konkurrenzfähiges Opel-Werk zu retten. Potenzielle Investoren gab es angeblich genug.

**€uro:** Auch Firmen wie der Handelskonzern Arcandor, der Chiphersteller Infineon, der Autozulieferer Schaeffler und der Sportwagenbauer Porsche wollen Staatshilfen. Kommt die Bettelerei jetzt in Mode?

**Franz:** Hoffentlich nicht. Meine größte Sorge ist, dass jetzt alle Dämme brechen. Denn wie will die Bundesregierung die Begehrlichkeiten anderer Firmen noch abwehren? Warum soll der Arbeitsplatz eines Karstadt-Mitarbeiters weniger wert sein als der eines Opelners? Mit der Lösung für Opel hat die Regierung einen gefährlichen Weg eingeschlagen.

**€uro:** Deutschlands Wirtschaft hängt zur Hälfte vom Export ab. Kritiker dieser Abhängigkeit fordern von der Politik, den Binnenmarkt zu stärken. Kann das funktionieren?

**Franz:** Die Debatte um das Geschäftsmodell Deutschland kann ich nicht ganz nachvollziehen. Die Exporte haben uns jahrzehntlang einen beträchtlichen Beschäftigungsaufbau beschert. Und nur weil sich in dieser außergewöhnlichen Krise einmal die Kehrseite der Medaille zeigt, wird das Erfolgsmodell infrage gestellt? Dies geht mir zu flott und scheint mir sehr übertrieben. Vielleicht stiege die Kaufkraft einiger Bevölkerungsgruppen, wenn die Gewerkschaften überzogene Lohnsteigerungen durchsetzten. Bald würden wir deswegen allerdings Arbeitsplätze verlieren. Aber was nützen den Leuten höhere Löhne, wenn sie dadurch arbeitslos werden?

**€uro:** Sie sagten einmal, Ökonomen seien nicht besonders beliebt, weil sie mitunter unbequeme Wahrheiten aussprechen. Haben Sie noch eine angenehme für uns?

**Franz:** (lacht) Manchmal fällt mir eine Kölner Weisheit ein, die meine Laune auch in unbequemen Zeiten hebt: Et kütt, wie et kütt, und hätt noch immer jot jejange.

**€uro:** Vielen Dank für das Gespräch. 

**Wolfgang Franz** wurde am 7. Januar 1944 in Nassau an der Lahn geboren. Er studierte Volkswirtschaftslehre (VWL) in Mannheim, promovierte 1974 über Arbeitsmarktanalysen und habilitierte sich 1981 mit einer Arbeit über Jugendarbeitslosigkeit. Danach hatte er Professuren in Mainz, Stuttgart und Konstanz inne. Seit 1997 leitet er das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und den VWL-Lehrstuhl an der Mannheimer Uni. Bereits 1994 wurde Franz in den Sachverständigenrat, ein einflussreiches Beratungsgremium der Bundesregierung, berufen – auf Empfehlung der Gewerkschaften. Da er ihre Forderungen nach Arbeitszeitkürzungen und expansiven Lohnzuwächsen ablehnte, drängten sie ihn 1999 wieder aus dem Rat heraus. 2003 holte ihn die Regierung zurück – diesmal auf Wunsch der Arbeitgeber. Im März 2009 wurde der 65-Jährige Vorsitzender des sogenannten Rats der Wirtschaftsweisen.

Das vollständige Interview lesen Sie im Internet unter [www.euro-magazin.de](http://www.euro-magazin.de). Dort kritisiert Wolfgang Franz die Verlängerung der Kurzarbeit auf 24 Monate, die Gegner der Agenda 2010 und verteidigt die „Schuldenbremse“ der Regierung.

CHANCEN UND  
RISIKEN CLEVER  
AUSBALANCIEREN.



## Julius Bär Absolute Return Bond Fund

Julius Bär Asset Management  
Telefon +49 (0) 69 90743 530  
funds@juliusbaer.com  
[www.juliusbaer.com/fonds](http://www.juliusbaer.com/fonds)

**Julius Bär**  
COMMITTED TO EXCELLENCE